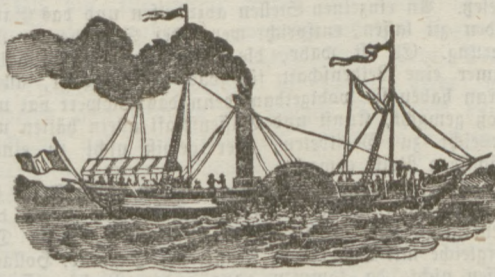


Danziger Dampfboot.

№ 67.

Montag, den 20. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschajengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außer halb an: In Berlin: Metemeyer's Centr. Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Algen & Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stanger's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haafenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Köln, Sonnabend 18. März.

Mit Genehmigung Sr. Kgl. Hoh. des Kronprinzen und auf den Wunsch der preussischen Ostseeprovinzen ist der Termin zur Eröffnung der internationalen landwirthschaftlichen Ausstellung hier selbst auf den 2. Juni festgesetzt.

Wien, Sonnabend 18. März.

Das Befinden der Erzherzogin Gisela hat sich gebessert.

In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde die Berathung des Finanzberichts fortgesetzt. Der Ausschuss lehnte einstimmig die Erhöhung der Couponsteuer ab. Der Finanzminister v. Plener stellte eine umfassende Darlegung der Finanzlage und einen großen Finanzplan in Aussicht.

Zufolge eines Telegramms des Kaisers Maximilian von Mexiko, welches soeben aus Saint Nazaire hier eingetroffen ist, haben die österreichischen Freiwilligen, kaum im Innern des Landes angelangt, einen der glänzendsten Erfolge über die Quarantenen errungen.

Paris, Freitag 17. März.

In der heutigen Senatsitzung erklärte der Minister von Rouher: die September-Convention sei in loyaler Absicht von Frankreich unterzeichnet, und selbst römischerseits nicht verworfen worden. Nur die Revolutionspartei wolle diese Convention nicht. Die französische Armee werde binnen 2 Jahren Rom verlassen. Eine immerwährende Occupation würde eine Verneinung der weltlichen Macht des Papstes sein. Die Errichtung einer päpstlichen Armee sei möglich. Würden dem Papste Schwierigkeiten entgegengetreten, so würden die Gewissen der Katholiken sofort ihre Ergebenheit gegen den heiligen Vater bekunden. Rouher beschwor hierauf die Bischöfe, sich beim Papste für die Ausöhnung mit Italien zu verwenden. Die französische Regierung wolle im Interesse der Versöhnung sich die völlige Freiheit des Handelns wahren. Der Minister verlangte endlich vom Senat ein Vertrauensvotum. Der die Convention betreffende Abschnitt der Adresse wurde vom Senate angenommen.

Paris, Sonnabend 18. März.

Ein Anschlag an der heutigen Börse bestätigt die Einnahme Dajacas durch die Franzosen. Es wurden hiernach 4000 Mexicaner gefangen genommen und 60 Kanonen erbeutet.

London, Sonnabend 18. März.

„Reuter's Office“ meldet: Auf Andringen Frankreichs und Englands hat die Pforte eingewilligt, den Termin zur Regelung der bezüglich des türkisch-perfischen Zolltarifs entstandenen Schwierigkeiten auf 6 Monate hinauszuschieben.

[Unterhaus.] Mr. Pope Hennessy beantragte in der letzten Sitzung: England solle erklären, daß Rußland seine vertragmäßigen Rechte auf Polen verwirkt habe und England solle die Zahlung der russisch-holländischen Anleihe verweigern. Verney stimmte dem Antrage bei. Lord Palmerston erwiderte: Das Unterhaus sei weder eine Macht, die Traktate machen, noch eine Macht, die Traktate brechen könne. Obgleich das Parlament zu wiederholten Malen die russische Politik gegen Polen verurtheilt habe, so wäre es doch unwürdig, die Anerkennung der Anleihe zu verweigern, welche mit der Behandlung Polens nicht gemein habe. Hennessy zieht hierauf seine Motion zurück, nachdem Johnstone und Denman ihm dazu gerathen hatten.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung am 17. März.

Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch der Herr Finanzminister und der Regiergungs-Kommissar Geh. Rath Mölle. Später Herr v. Selchow, v. Roon. Eintritt in die Tagesordnung (Fortsetzung der Spezial-Debatte über Abschnitt 7 des allgemeinen Berichts der Budget-Kommission „direkte und indirekte Steuern“).

Abg. Oßerrath: Die verflochtenen Tage haben meine Voraussage bestätigt, daß die Diskussion des allgemeinen Berichts die Budgetfrage nicht fördern werde. Der Bericht hat die ungleichmäßige Vertheilung der Steuern nicht erwiesen, seine Tabellen geben kein anschauliches Bild von der wirklichen Lage der Dinge. Es ist im Gegentheil nachzuweisen, daß die königl. Beamten mit der billigsten Rücksicht bei Veranlagung und Eintreibung der Steuern verfahren. Die Einwendungen gegen die Gebäudesteuer fallen in sich durch die Thatsache zusammen, daß diese Steuer nach einem bestehenden Gesetz veranlagt und erhoben wird.

Abg. Bernhardt (für die Kommission): Die direkten und indirekten Steuern, mit denen wir uns hier beschäftigen, sind für das Volk von großer Wichtigkeit. Allerdings ist die Klage über Steuerdruck begründet. (Der Redner theilt Beläge dafür aus seiner Heimath mit.) Dieser abnorme Zustand verdient die Beachtung der Regierung, denn hier sammelt sich ein Zündstoff auf, der leicht zur Explosion führen kann. Die Kommission will die bestehenden Steuergesetze nicht ändern, sondern nur eine billige Abänderung der Steuerfüße herbeiführen.

Das Haus beschließt den Schluß der Debatte über Abschnitt 7 des Berichts. Zum Schluß erhält noch das Wort der Abg. Michaelis (als Referent): Die vorangegangene Debatte charakterisirt sich am besten durch die beiden Reden des Abg. Wagener, der vor der Rede des Herrn Finanzministers von Verständigung sprach, nach dieser Rede aber das Gesicht völlig enthüllte und jene revolutionären Grundfäße darlegte, die auf den Bänken der konservativen Partei eine Stätte gefunden haben. Es ist zu konstatiren, daß bisher nicht bloß in dieser Debatte, sondern überhaupt in den Debatten dieses Hauses es vermieden wurde, auf dem formellen Rechtspunkt in dem Verfassungskonflikt zu bestehen, vielmehr bemühte man sich durch sachliche Prüfung der Verständigung näher zu kommen. Dem gegenüber hat der Herr Finanzminister, ohne dazu aufgefordert zu sein, seine Ansicht über das Budgetrecht des Hauses nicht nur unverändert wiederholt, sondern ihm dies Recht in noch verschärfter Weise vor die Füße geworfen. Aber das Ministerium, wie es durch den Konflikt entstanden, wird auch durch den Konflikt fallen und den Moment, in welchem sich dies Haus mit der Krone verständigt, nicht überleben. (Sehr wahr.) Die Frage, ob Steuerdruck vorhanden ist, ist schwer zu diskutiren. Steuerdruck ist ein relativer Begriff und da leicht vorhanden, wo ihn der Herr Finanzminister nicht sieht. (Sehr wahr.) Hat sich doch der Abg. für Sielp (Hr. v. Gottbera) damit begnügt, nur die untern Behörden gegen den Vorwurf allzu schwerer Besteuerung in Schutz zu nehmen; vor der obersten Verwaltung ist sein Urtheil stehen geblieben. Aus der Abnahme der Exekutionen darf der Herr Minister nicht auf die Abwesenheit von Steuerdruck schließen. Wenn er diesen Druck erst da anerkennt, wo nicht mehr gezahlt wird, dann hat er allerdings ein weites Gebiet für Steuererhöhungen vor sich. Aber die Wohlhabenden, die sich nicht exekutiren lassen, ängern die Empfindung des Steuerdruckes durch die Entziehung von Kapitalien, die dem Markt und der Arbeit fehlen; und so entstehen Uebel, zu deren Beseitigung nachher im Handelsministerium Kommissionen zusammenberufen werden. Der Kommission kommt ein charakteristisches Eingeständniß einer Behörde zu Statten. Die Regierung zu Potsdam empfiehlt eine Herabsetzung der Miethsteuer, weil sie in Verbindung mit der Gebäudesteuer zu drückend sei. Das heißt mit andern Worten die Steuer für den Staat auf die Kommune abwälzen und ihr die Quelle gleichzeitig verstopfen, aus der die Kommunalsteuern fließen sollen. Die Abnahme der Reklamationen von 1862 zu 63 beweist ebenso wenig, daß der Herr Minister hat nur übersehen, daß in einem Theil des letzteren Jahres der Zuschlag zu

den persönlichen Steuern bereits aufgehoben war und diese Aufhebung als Erleichterung des vorhandenen Druckes wirken mußte. Die Zahl der Reklamationen beweist aber immer noch sehr berechtigt, daß Steuerdruck vorhanden ist und die untern Behörden mit der Einschätzung scharf vorangehn. Der Bericht ist übrigens in seinen Ausdrücken über den Druck sehr reservirt gegenüber der Thatsache, daß eine Erhöhung der Besteuerung von 6—8 Gr. pro Kopf und in einzelnen Provinzen um sehr unverhältnismäßige Summen stattgefunden hat. Und gerade die Gebäudesteuer wird schwer empfunden, weil nichts so drückend ist, wie eine neue Steuer, die an Objekte geknüpft wird, die bereits verschuldet sein können. Ob dagegen Abhilfe erzwungen werden könne, wie der Abg. Waldeck angedeutet hat, darauf ist die Kommission nicht eingegangen, da sie sich weniger mit der Rechtsfrage als mit sachlichen Steuerreformen beschäftigt hat. Aber daran muß man erinnern, daß nicht abzusehen ist, was in 15 Jahren aus der Gebäudesteuer werden kann und ob die Bedürfnisse noch vorhanden sind, für die sie ursprünglich eingeführt wurde. — Unser Budget liegt jetzt so, daß Steuern erhoben werden, nicht weil das Bedürfnis für ihre Verwendung vorhanden ist, sondern aus Prinzip; sie sind für den Finanzminister eine unbegrenzte Anweisung auf die Tasche der Steuerzahler, eventuell zur Abführung in die Keller des Staatskassas. Dieser ungesunden Lage will die Kommission ein Ende machen und zu diesem Zwecke faßt sie die Schraube ohne Ende an der einen Seite und das Budgetrecht des Hauses an der anderen an. Der Herr Minister sagt, daß sich mit diesen Grundfäßen nicht regieren lasse und er hat Recht, die budgetlose Verwaltung wird dadurch unmöglich. (Cauter Beifall.) Er hat uns $\frac{1}{4}$ Stunden lang gesagt, was er nicht will und er sitzt vor uns als der reiche Erbe des vorangegangenen Ministeriums, wie er selbst zugestehet. Aber wenn er die Steuern gerbt hat, wo sind die Zwecke, durch die ihre Erhebung motivirt wird? Steuern kann man erben, aber die Motivirung kann man nicht erben, die muß man machen. (Cauter Beifall.) Er sagt aber ganz einfach: „Ich habe die Gesetze und folglich erbehe ich die Steuern“, und erinnert an den Raben in der Fabel: „Ich hab' es nur, damit ich's habe.“

Finanzminister v. Bodelschwingh: Der vom Referenten gebrauchte Ausdruck, er, der Minister, habe gestern dem Hause die Auffassung der Regierung in verschärfter Weise vor die Füße geworfen, sei ein willkürlicher; ebenso fast könne die Regierung denselben auf die ihr vom Hause entgegen gehaltenen Ansichten anwenden. Ein Steuerdruck sei so wenig in Wirklichkeit vorhanden, daß die Steuer-Executoren bei dem Minister Klage geführt hätten, sie könnten nicht mehr leben, weil es so wenig zu exquiriren gebe. (Hoch Heiterkeit.) Daß die Gebäudesteuer vielfach unangenehm empfunden werde, sei natürlich; daß sei mit jeder neuen Steuer der Fall. Etwas Härten, wo sie sich zeigen möchten, zu beseitigen, werde das Bemühen der Regierung sein. Das Haus könne das Nichtvorhandensein eines geregelten Budgets nicht tiefer beklagen, als das Ministerium und speciell er, der Finanzminister, das thue.

Referent Abg. Michaelis: Den Wunsch des Finanzministers, dem budgetlosen Zustande ein Ende zu machen, ziehe er durchaus nicht in Zweifel. Es sei nur zu beklagen, daß er bloß Wünsche, nicht auch entsprechende Thatsachen zeige. (Bravo.)

Das Haus geht nunmehr zu dem VIII. Titel über, betreffend das Salzmonopol.

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß man mit der Frage, ob die Aufrechterhaltung des Salzmonopols mit wirtschaftlichen Gesetzen sich vertrage, bald Gelegenheit haben werde, sich zu beschäftigen. Hier müsse dieselbe ganz außer Acht gelassen und lediglich die finanzielle Seite ins Auge gefaßt werden. Hierauf wird ohne Diskussion über diesen Titel hinweggegangen, desgleichen über den IX. Titel, Preussische Bank.

Bei dem nächsten Abschnitt (Zuschuß-Verwaltungen) erhebt sich eine kurze Debatte. Die Abg. Henrici, Wachsmuth, Compienne, v. Jordanbeck (dieser als Referent) treten ein für eine bessere Besoldung der Subaltern-Beamten.

Die Abschnitte XI., Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, XII., Ministerium der Justiz, XIII., Ministerium des Innern, XIV., landwirthschaftliche Verwaltung, geben nicht zur Discussion Anlaß.

Zum Abschnitt XV., Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, nimmt der Abg. Schulz das Wort. (Der Cultusminister ist in das Haus eingetreten.) Der Redner, Schultze in spe, preist die Verdienste der Regierung auf diesem Gebiete, namentlich was die Verbesserung der äußeren Lage der Lehrer betrifft. Daß nicht schon mehr gegeben sei, das sei lediglich die Folge des von dem Abgeordnetenhaus früher gefassten Beschlusses, alle entscheidenden Schritte von der vorgängigen Einbringung des in der Verfassung vorgeschriebenen Schulgesetzes Seitens der Regierung abhängig zu machen.

Abg. Tschow: Der Vorwurf des Vorredners sei durchaus unbegründet. Auf die Vortragung eines Unterrichtsgesetzes, das nun schon so lange hingehalten worden, könne nicht entschieden genug gedrungen werden; und es sei in der That auch zu befürchten, daß dieses Unterrichtsgesetz noch weiter hinausgeschoben werden würde, wenn man ohne dasselbe auf einzelnen Gebieten den vorhandenen Nothständen abhelfen wollte. Aber es seien doch jetzt wesentlich andere Verhältnisse vorhanden, als zu der Zeit, da das Haus den von dem Vorredner erwähnten Beschluß gefaßt habe. Dazumal habe man vor einem Deficit gestanden, jetzt seien Ueberschüsse vorhanden. Die Noth der Lehrer sei groß, deshalb fordere die Commission mit Recht, daß mehr gethan werde, als das immerhin Anerkenntnisswerthe, was bis jetzt geschehen sei. An den höheren Lehranstalten sei die Besoldung noch eine durchaus unzureichende, die Elementar-Lehrer seien notorisch vielfach in der elendesten Lage. An manchen Orten haben die Lehrer an baarem Gehalte kaum 20 Thlr. für das ganze Jahr, im Uebrigen seien sie auf farge Natural-Bezüge angewiesen, und wenn nun ein Jahr des Mißwachses komme, so müßten sie hungern. Wenn im März 1862 der Finanzminister den Kriegsminister erinnerte, „daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden“ und „daß die zurückgestellten Bedürfnisse von Jahr zu Jahr gestiegen, und je länger, je mehr fühlbar geworden, so daß es ohne Nachtheil für die Wohlfahrt des Landes nicht länger thunlich, dieselben noch weiterhin unberücksichtigt zu lassen, und die vielfachen Anträge, welche bei Gelegenheit der Budget-Berathung im Landtage auf Erhöhung der Ausgabe-Fonds gestellt worden, durch Hinweisung auf den Mangel an Deckungsmitteln zu beseitigen,“ so gelte dies ganz besonders von der Verwaltung der Unterrichts-Angelegenheiten. In den Etats-Entwürfen für 1864 und 1865 seien allerdings die Vorschläge für das Cultus-Ministerium beziehungsweise auf 4,677,525 Thlr. und 4,848,892 Thlr. erhöht worden, diese Beträge können aber keineswegs für genügend erachtet werden, das Versäumte nachzuholen und Angesichts der großen Einnahme-Ueberschüsse der letzten Jahre den dringendsten und gerechtesten Ansprüchen an die Thätigkeit des Staates in einer der wesentlichsten nationalen Angelegenheiten zu genügen. Im ganzen Volke lebe das Bewußtsein, daß nicht die Zahl der Bayonnette und gezogenen Kanonen das Wohl und Wachsthum des Staates garantire, sondern sein gesundes sittliches und geistiges Leben. Zu den wesentlichsten Trägern desselben aber gehörten die Lehrer, und deshalb müße es die Regierung für eine ihrer obersten Pflichten erkennen, den Lehrerstand nicht länger in seiner bedrängten Lage zu erhalten. (Lebhafte Beifall.)

Cultus-Minister v. Müller: Die einzelnen von der Commission gerügten Punkte durchgehend, sucht der Minister überall die Vorwürfe welche der Regierung gemacht worden, mit Zahlen zu entkräften und darzutun, daß nirgend ein Zweig des Unterrichtswesens vernachlässigt worden, überall Bedeutendes zur Hebung und zur Ausfüllung vorhanden gewesener Lücken geschehen sei. Der Minister greift dabei zum Theile auf weit hinter uns liegende Jahre zurück, um den günstigen Vergleich zu statuiren. Anfangend die Verbesserung der Lage der Elementar-Schullehrer, so wolle er nicht in Abrede stellen, daß in dieser Richtung noch Manches zu thun sei. Die Regierung habe aber auch nie unterlassen, ihr Bemühen, weiter Abhilfe zu schaffen, zu betheiligen. Auf die Bemerkung in dem Commissionsberichte, daß es die Pflicht der Regierung sei, so viel als thunlich, die Gemeinden mehr zur Beihilfe für Verbesserung des Schulwesens und ausreichende Besoldung der Lehrer heranzuziehen, sei zu entgegnen, daß die Regierung nicht verfehlt habe, in dieser Richtung geeignete Schritte zu thun. Schließlich fordert der Cultus-Minister das Haus, Gerechtigkeit zu üben, das Gute, welches geschaffen worden, nicht zu übersehen, der Regierung die Anerkennung nicht aus persönlichen Gründen vorzuenthalten, welche sie in mancher Hinsicht verdient zu haben sich bewußt sei. (Auf den Wunsch mehrerer Mitglieder des Hauses wird die Sitzung nunmehr (gegen 2 Uhr) auf eine Viertelstunde vertagt, um die drückende Atmosphäre durch Lüftung zu reinigen.)

Abg. v. Gottberg bezieht den Vorschlag des Berichts, die Commune zur Verbesserung der Gehälter der Lehrer anzuhalten, als nicht empfehlenswerth. Die Landgemeinden sind schon genug mit Lasten überbürdet und deshalb darf man ihnen nicht noch mehr aufbürden. Für die Landschullehrer, deren Lage eine bedauerenswerthe ist, muß man nicht bloß Geld, sondern — wie ich auch früher gesagt — ein warmes Herz haben.

Abg. Möller: Man sagt, die Gemeinden müßten für die Elementarlehrer sorgen, das ist richtig, aber man darf die Gemeinden nicht zu sehr belasten und die Klagen darüber sind allgemein und groß. Bedenken Sie, daß ein Lehrer doch zu einigen höheren Ansprüchen an das Leben berechtigt ist. Was bleibt ihnen übrig als Nebenberuf, wodurch sie ihrem Hauptzweck entzogen werden. In der That, was wir im Etat für Elementar-schullehrer ausgeworfen finden, klingt wie Ironie, ist wie ein Almosen für Bettler. Wie kann man erwarten, daß sich noch Bewerber zu Lehrstellen melden? Ich will über die Qualität der Lehrer schweigen, aber fragen möchte ich, woher soll die Freudeigen an dem Lehrberufe kommen, von welcher so viel für seine Ausübung abhängt. Was aber, frage ich schließlich, was wird aus dem Lehrer,

wenn er alt wird, und wenn er stirbt, was wird aus seinen Hinterbliebenen? Sie müssen oft mit dem Nachfolger theilen und fallen wiederum der Gemeinde zur Last. Sie sorgen für invalide Soldaten und das ist gewiß recht, aber hat denn der Lehrer nicht im Dienste des Staates seine Kräfte daran gegeben? Was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig, darum beantrage ich, daß die Regierung bald ein Dotationsgesetz für die Lehrer mit Verforgung der Veteranen des Lehrerstandes aus Staatsmitteln vorlegen möge. Da wir auf ein Unterrichtsgesetz werden verzichten müssen, so bitte ich wenigstens durch ein Dotationsgesetz der Lehrer dem schreiendsten Nothstande abzuhelfen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Vinke: Es ist zu wünschen, daß man mehr den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen möchte. Das Wünschenswerthe ist ein Unterrichtsgesetz. An einzelnen Stellen abzuhelfen und das Ganze leiden zu lassen, entspricht wenig der Stellung der Regierung. Es ist wahr, die preussischen Könige haben immer eine Leidenschaft für das Heer gehabt, allein daran haben sie wohlgethan, denn das Schwert hat uns groß gemacht, Kunst und Wissenschaft allein hätten uns vielleicht zu Gebildeten, aber gewiß nicht zu einem mächtigen Volke gemacht.

Abg. Harfort: Wenn an irgend einer Stelle die ungleiche Vertheilung der Lasten klar wird durch den General-Bericht, so ist es bei dieser Gelegenheit. Die Vergleiche mit Oesterreich, Frankreich, England, Holland passen nicht, da kommen ganz andere Verhältnisse in Betracht. In Mecklenburg allerdings konnten von 2000 Rekruten nur 700 schreiben, da steht es allerdings schlimmer als in Preußen. Mein Mißtrauen gilt nicht dem Cultusminister, sondern gegen den Finanzminister, der das Geld hergeben muß. Der Cultusminister hat mit seinen geringen Mitteln das Möglichste geleistet. Die Noth ist groß, das Land kann es nicht verantworten, daß die Lehrer hungern, das führt diese armen Menschen zu fixen Ideen, zum Wahnsinn, hat doch einer jüngst angenommen, das Menschengeschlecht entwickele sich aus der Kartoffel. (Heiterkeit.) Lindern Sie die Noth so bald wie möglich. (Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. Mommsen: Ich will das Gesagte nur mit einigen Thatsachen illustriren. Ein verdienter Schullehrer hat zu seinem 50-jährigen Jubiläum das Allgemeine Ehrenzeichen erhalten, aber seine besser situirten Kollegen mußten ihm erst einen Rock kaufen, damit er den Orden mit Anstand tragen könne. Dann möchte ich dem Herrn Cultusminister erwidern, daß der Drang der deutschen Gelehrten, nach Preußen zu kommen, erheblich abgenommen hat. Viele Fächer an der Universität Berlin sind nicht besetzt, andere sehr mäßig dotirt. Für die Befriedigung der allgemeinen Wünsche, die an die Akademie der Wissenschaften in Berlin gerichtet werden, haben wir jährlich 3000 Thlr. Und wie wenig geschieht für die Astronomie, für die grade in Berlin so Großes geleistet worden ist! Der große Gelehrte, der an der Spitze der astronomischen Forschungen steht, ist jetzt nicht im Stande, seinen Functionen obzuliegen, und ich fürchte, wir werden auf die Fortsetzung dieser Forschungen warten müssen, bis der bisherige Director der Sternwarte aus dem Leben geschieden ist. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß Preußen der Staat der Intelligenz und der Militairkraft in seiner großen Zeit gewesen ist; ich habe das nie verkannt. So war es seit den Zeiten Friedrichs des Großen. Gütten Sie Sich, meine Herren, daß aus diesem Staate nicht die Intelligenz verschwinde und nichts bleibt als der reine Militairstaat! (Lebhafte Beifall.)

Cultusminister v. Müller: Ich muß bedauern, daß der Herr Vorredner in seinen thatsächlichen Ausführungen so schlecht unterrichtet gewesen ist. Meinerseits habe ich es nicht für passend erachtet, Namen zu nennen, und wenn der geehrte Vorredner diesem Beispiele nicht gefolgt ist, so muß ich ihm nunmehr überlassen, sich an die Männer zu wenden, die er genannt hat, um es in Erfahrung zu bringen, weshalb sie nicht einem Rufe nach Preußen folgen möchten. Ich muß ihm bemerken, daß weder die Kargheit der Mittel, noch politische Antipathien sie davon zurückgehalten haben. Ich antworte auf die bezügliche Insinuation mit der Erklärung, daß der neue Director der Berliner Sternwarte bereits ernannt ist. Das wird also nicht seiner Anregung, sondern der Fürsorge der Regierung zu verdanken sein. Und zwar ist es ein Mann, von dem die beiden größten Autoritäten in Deutschland für die Astronomie, Argelander in Bonn und Hansen in Gotha, sagen, daß er der Einzige ist, dem man am besten die Direction der Berliner Sternwarte anvertrauen könne.

Abg. Löwe: Meine Herren! Man wißt den Ministern vor, daß sie noch kein Schulgesetz erlassen haben. Ich bin ihnen dankbar dafür, denn was sollte aus der Schule werden, wenn der gegenwärtige Herr Cultusminister ein solches Gesetz abfassen sollte? Lassen wir die Lehrer vom Professor bis zum Dorfschullehrer abstimmen, und der Herr Minister wird sein Urtheil hören. — Ich bin der Ueberzeugung, daß die geistige Noth noch größer ist als die materielle, und sie schmerzt mehr als diese; da nun der Herr Cultusminister völlig außer Stande ist, der geistigen Noth abzuhelfen, so möge er es wenigstens mit der materiellen versuchen. (Beifall.)

Abg. Birchow: Für Universitäten, Bibliotheken und ähnliche wissenschaftliche Institute herrschen seit 20 oder 30 Jahren dieselben Staats-Prinzipien. In der letzten Zeit ist Manches, aber wirklich nur ein Theil des Nothwendigsten geschehen. Das Gehalt der Professoren ist so knapp bemessen, wie es kaum für einen Universitäts-lehrer erwartet werden kann. Und wie liegen unsere Krankenhäuser in Argen! Ich erinnere nur an die Charité, die seit 1818 nach denselben Grundsätzen verwaltet wird. Der Staat wälzt seine Verpflichtungen stets auf Anderer Schultern ab: warum will er nicht eine Ausgleichung der Lasten bewirken? Ich bin auch dafür, daß die Heeresmacht stark ist, so stark, daß wir einem großen Kriege gewachsen sind; aber wenn zu dem

starken Schwerte, das der Abg. v. Vinke geschwungen sehen will, nicht das Schwert des Geistes steht, dann werden wir nicht siegen! (Beifall.)

Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter Abg. Tschow resumirt die Debatte und es folgen persönliche Bemerkungen.

Präsident Grabow: Das Haus hat es jeberzeit so gehalten, daß es zum Geburtsfest Sr. Maj. des Königs die 3 Präsidenten zur Ueberbringung seiner Glückwünsche an Se. Majestät entsandt hat. Ich werde annehmen, daß dies auch in diesem Jahre zu geschehen hat und darnach das Weitere veranlassen.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung am 17. März.

In der heutigen Sitzung, welche von dem Präsidenten Grafen zu Stolberg um 11½ Uhr eröffnet wurde, waren die Minister Graf Zepplig, Graf zur Lippe und v. Selchow, sowie mehrere Regierungs-Commissare erschienen. Das Gesetz über die Anlage von Eisenbahnen in den Hohenzollern'schen Landen wurde der Eisenbahn-Commission überwiesen. Eine Einladung zu der Universitätsfeier am Königsgeburtstage war von dem Rector der Universität an das Haus ergangen. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Berathung des Gesetzes über die Wegeordnung für den preussischen Staat. Bei der General-Discussion spricht der Referent Herr v. Kröcher für den Commissions-Antrag: Gegen das Bedürfnis einer neuen Wegeordnung ist in der Commission kein Widerspruch erhoben, dagegen ist bemerkt, es sei wünschenswerth gewesen, wenn die Provinziallandtage über den Entwurf geäußert worden wären und da dies nicht geschehen, so müßten dieselben wenigstens die Wegebau-Regulative vor ihrem Erlaß vorgelegt werden. Die Frage, ob überhaupt eine Codification oder nicht nur Aenderung der bestehenden Gesetze als solche nothwendig geworden, zweckmäßiger seien, ist von der Commission zu Gunsten der ersteren entschieden. Redner empfiehlt die Annahme des Gesetzes-Entwurfs mit den Commissionsänderungen, welche sich hauptsächlich auf die Aufrechterhaltung bestehender Observanzen beziehen.

Graf Rittberg spricht ebenfalls über die großen Wohlthaten eines Weggesetzes und empfiehlt demnach seinen Antrag. Oberbürgermeister Haselbach wendet sich gegen die Commissions-Anträge. Die Selbstverwaltung sei nicht gewahrt. §. 38 räumt der Regierung eine Befugniß ein, die bisher nicht bestanden und gegen die Principien der Commission verstoße. Die Regierungsvorlage sei eine wohl durchdachte und gut überlegte, und das Haus werde gut thun, im Allgemeinen die Regierungsvorlage anzunehmen. Ein zweiter Verbesserungs-Antrag des Grafen Rittberg gegen verschiedene Paragraphen wird unterstützt. Herr v. Meding spricht für den Commissions-Antrag und empfiehlt als Verbesserung sein Amendement. Der Handelsminister vertheidigt die Regierungs-Vorlage in eingehender Weise. Graf Brühl will nicht leugnen, daß in vielen Punkten eine Verbesserung der bestehenden Bestimmungen nothwendig ist, und wird den Commissions-Anträgen seine Zustimmung ertheilen. Der Justizminister Graf zur Lippe schließt die Regierung gegen den Vorwurf, daß mit dem Gesetz Seitens der Regierung zu weit in Privatrechte eingegriffen worden. Für wirklich bestehende Privatrechte sei in §. 61 der Regierungsvorlage vollständiger Schutz gewährt. Regierungs-Commissar, Reg.-Assessor Dr. Jacoby vertheidigt gleichfalls die Regierungsvorlage; dann wird die General-Discussion geschlossen und das Haus tritt in die Special-Discussion ein.

8. Sitzung am 18. März.

In der heutigen Sitzung wurde die Specialdebatte über den §. 7 des Gesetzesentwurfes über die Wegeordnung fortgesetzt. Der Sitzung wohnten die Minister Graf Zepplig, Graf zur Lippe, v. Selchow und die Regierungs-Commissare Ministerial-Director Mac Lean und Reg.-Assessor Dr. Jacoby bei.

Berlin, 18. März.

Für die volle Souverainetät des etwaigen künftigen Fürsten von Schleswig-Holstein besorgt sind vor Allem die Mittelstaaten, deren Absicht, am Bunde etwas zu thun, heute in einer frankfurter Correspondenz der „N. Pr. Ztg.“ bestätigt wird. Man möchte am liebsten die Anerkennung des Herzogs aussprechen und Preußen die Herzogthümer zu verlassen, auf-fordern. Aber das könnte durch die Schärfung des Conflicts der Sache eine unerwartet rasche Lösung geben, was zu Oesterreichs Plänen am wenigsten paßt. Und so wird man sich wohl bei der bezeichneten Erkundigung nach den preussisch-österreichischen weiteren Intentionen von Frankfurt aus beruhigen.

Dieselben wiener Correspondenzen, die zuerst als das Hauptmoment der österreichischen Depesche die Betonung des Condominiums oder des Mitbesitzes bezeichnet hatten, haben jetzt eine andere Interpretation gefunden. Der wichtigste Punkt der Depesche soll der am Schluß ausgedrückte Wunsch sein, daß die Besitzfrage baldigst geregelt werden möge. Erfahrene Personen sind indessen der Ansicht, daß das alles auf den Schein berechnet und der Kern der Depesche sei die Verwunderung, daß Preußen bei der Betonung seiner Rechte die österreichischen durch den Friedensvertrag garantirten vergesse. Man hat Grund anzunehmen, daß wenn auch die ausdrückliche Erwähnung der „Compensationen“ oder „Aequivalente“ in der Depesche umgangen sein mag, jene Ver-

wunderung darauf hinderten soll. Hier hat man sie ohne Zweifel überhört. Aber anderweitige mehr deutliche Commentare werden nicht ausbleiben. Man muß sich erinnern, daß auch nach der Decemberdepeche von solchen Andeutungen verlautet hatte, ohne daß man im Publikum zuerst daran glauben wollte. Später war es der Mittelpunkt der Debatte. Insofern ist also Oesterreich wirklich zu seiner Decemberdepeche zurückgekehrt.

Der bereits kurz erwähnte Artikel der neuesten „Provinzial-Korresp.“ zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit bestätigt die von offiziöser Seite schon ausgesprochene Ansicht, daß in Folge der vorläufigen Nichtannahme der preussischen Forderungen Seitens Oesterreichs die gegenwärtige Lage der Dinge in den Herzogthümern zunächst aufrecht erhalten bleiben werde. Das ministerielle Blatt bemerkt in dieser Hinsicht, indem es zugleich hervorhebt, daß diese Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Verhältnisses bis zu erfolgter Regulirung der Successionsverhältnisse, in der ursprünglichen Absicht der preussischen Regierung gelegen habe, Nachstehendes:

„Befanntlich war unsere Regierung zu ihrer Erklärung vorzugsweise dadurch veranlaßt worden, weil Oesterreich seinerseits zu einer möglichst baldigen Regelung der Sache drängte und die schleunige Einsetzung einer eigenen Regierung für die Herzogthümer für wünschenswerth hielt. Preussischer Seite war man dagegen der Ansicht gewesen, daß es besser sei, die weitere Entscheidung über die künftige Regierung in Schleswig-Holstein bis dahin vorzubehalten, wo die Entscheidungen auf Grund allseitiger Prüfung und Erwägung der Rechtsansprüche, wie aller politischen Gesichtspunkte erfolgen konnten, bis dahin aber den gegenwärtigen einseitigen Zustand unter der gemeinsamen preussischen und österreichischen Verwaltung aufrecht zu erhalten. Nur weil die verbündete Regierung Oesterreichs auf die Beschleunigung der Entscheidung einen besondern Werth legte, hielt unsere Regierung es für eine Pflicht und Bestimmung, die einfache Abklärung der preussischen Vorschläge beschränkt, anderweitige Vorschläge dagegen ihrerseits nicht gemacht. Unter diesen Umständen blieb die schleswig-holsteinische Angelegenheit, wie die preussische Regierung vorher gewünscht hatte, fürs Erste in der bisherigen Lage: die gemeinsame Verwaltung Preußens und Oesterreichs, welche in vollkommener Einigkeit und Uebereinstimmung der beiderseitigen Regierungen und ihrer Commissarien geführt wird, und unter welcher die Verhältnisse der Herzogthümer eine allseitig erfreuliche Entwicklung nehmen, wird bis zur endgültigen Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogthümer in Kraft bleiben. Was Preußen betrifft, so ist unverändert und unbedingt daran festzuhalten, daß dieselbe nur eine solche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gestattet werden wird, bei welcher Preußen vollständig in den Stand gesetzt wird, seine Aufgaben für die Herzogthümer und für Deutschland zu erfüllen. Die Bedingungen, welche zu diesem Zwecke in der letzten preussischen Erklärung aufgestellt waren, bleiben das unerlässliche und mindeste Maß dessen, was Preußen beanspruchen muß.“

Die schleswig-holsteinische Frage, welche bisher nur von dem Abgeordneten Waldeck vorübergehend berührt worden ist, wird wahrscheinlich bald im Hause zur Verhandlung kommen. Ein Antrag auf eine Resolution soll vom Abgeordneten Birchow vorbereitet werden.

Stettin, 18. März. Der Kronprinz besuchte heute Vormittag 11 Uhr das Kreisgericht, um an einer Plenarsitzung theilzunehmen. Auf einen Besuch in dem Gefängnißgebäude hatte man sich ebenfalls vorbereitet. Die Frau Kronprinzessin besuchte unterdeß das Gymnasium, wo in der Aula von den Schülern einige Gefänge ausgeführt wurden. Der von dem Gymnastien und Friedrich-Wilhelmschülern veranstaltete Fackelzug wird heute Abend 7 Uhr stattfinden. Zu dem gestrigen Ballfeste auf dem Schlosse waren auch 13 Einladungskarten an den Vorstand der alten Liedertafel gegeben, deren Mitglieder bekanntlich dem kronprinzlichen Paare ein Ständchen gebracht hatten. Man hat indessen, aus welchem Grunde ist nicht recht ersichtlich, der Einladung nicht Folge gegeben. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin gedenken schon am Montage nach Berlin zurückzukehren.

Kiel, 16. März. Zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs von Preußen werden Seitens des hier garnisonirenden Obercommandos bedeutende Vorkehrungen getroffen. General Herwarth von Bittenfeld wird, wie auch schon anderweitig bekannt geworden ist, ein großes Schabalin auf dem Schlosse geben, zu welchem von Civilpersonen namentlich die Mitglieder der holsteinischen Mitterschaft werden eingeladen werden.

Locales und Provinziales.

Danzig, den 20. März.

Am Sonnabend hat sich von der königl. Werk aus die Nachricht verbreitet, daß der bereits früher in Aussicht genommene Neubau zweier Corvetten von der Klasse der „Hertha“ und „Medusa“ binnen Kurzem sich verwirklichen soll.

Der Jahrestag des Angriffs auf die dänische Festung Fredericia, resp. Abwehr des Ausfalls der feindlichen Besatzung wurde als die erste vereinigte Waffenthat des königl. 3. Garde-Regts. z. F. gestern feierlich gewürdigt. Die Fahnen des Regiments wurden mit klingendem Spiel zur Weihe in die Garnisonkirche gebracht, woselbst sich das Regiment zur Andacht versammelt hatte. Herr Divis.-Pred. Steinwender gedachte in schöner Rede des schweren, aber Seitens des jungen Regiments durch Ausdauer und Tapferkeit zum glücklichen Ausgange gebrachten Kampfes und Derer, welche demselben zum Opfer gefallen sind. Wenngleich manche schmerzliche Erinnerung wach gerufen wurde und sich viele der Betroffenen der Thränen nicht erwehren konnten, so brachte Jeder sein stilles Danopfer dafür, daß Gott sichlich über dem jungen Regimente gewacht und dasselbe ehrenvoll die erste Waffenthat vor dem Feinde hatte bestehen lassen. Abends vereinigte eine fröhliche Feier die Kriegskameraden in den verschiedenen Quartieren und muntere Soldatenlieder ertönten zur Ehre des Festtages.

Das Collegium der hiesigen königl. Regierung, wie das Collegium des hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichts und die Herren Generale nebst den Herren Adjutanten werden den Geburtstages Sr. Maj. des Königs im Local des Hoflieferanten Herrn Franz Kösch feiern.

Im Jahre 1851 wurde hier das Fest des fünfthundertjährigen Bestehens der hiesigen Schützengilde, die also 1351 gegründet worden, gefeiert. Bei der seltenen Feier hatte Herr Rentier Hönig das Glück, nach einem sehr hartnäckigen Kampfe Jubelkönig zu werden und als solcher für ein halbes Jahrtausend dem Gedächtniß der Nachkommen überliefert zu werden. Damit man aber in Zukunft nicht nur seinen Namen wisse, sondern auch eine Vorstellung von seiner Persönlichkeit habe, hat ihn die Gesellschaft von unserm renommirten Maler, Herrn Sy, in Lebensgröße portrairen lassen. Das Portrait ist in einer scharfen realistischen Ausprägung äußerst gelungen.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs am nächsten Mittwoch wird Mozart's reizende Oper: „Belmonte und Constanze“ zur Aufführung kommen; auch wird ein zeitgemäßer Prolog recitirt werden.

Fräul. Lüdt ist für das Hoftheater in Berlin engagirt worden.

Der Gymnasial-Oberlehrer Herr Stein wird am nächsten Sonnabend eine Vorlesung über Römische Gräber zum Besten der Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten halten.

Die von dem Männer-Turn-Verein beabsichtigte Nachfeier des Stiftungsfestes wird am nächsten Sonntag stattfinden. Es soll eine zahlreiche Theilnahme für dieselbe vorhanden sein.

Im Handwerker-Verein hält heute Herr Dr. Friedländer einen Vortrag.

Wie das „Schulblatt“ mittheilt, hat der alte Pestalozziverein im vorigen Monate 156 neue Mitglieder erhalten; da nur 7 Abmeldungen erfolgten, so stellt sich der Zuwachs auf 149 Mitglieder heraus. Der Verein zählt hiernach 3572 Theilnehmer. In Elbing sind demselben von bekannten Persönlichkeiten auch die Herren Phillips, v. Forkenbeck, Dr. Böttner, Dr. Jacobi u. s. w. beigetreten.

Auch die Fleischermeister in Dirschau sind dem Beispiel des hiesigen Obermeisters Hrn. Paul gefolgt und lassen demnach das von ihnen geschlachtete Fleisch mikroskopisch untersuchen.

Neufahrwasser. In der vorigen Woche hatten wir das Schauspiel einer Ueberschwemmung des Marktplazes, was einigen witzigen fremden Schiffs-Capitainen zu der Bemerkung Veranlassung gab, daß unser Ort nunmehr das rechte Aussehen eines Badeortes hätte. Die Feuerwehr schaffte endlich durch Pumpen und Spritzen Abhilfe, da das Wasser bereits in mehrere Keller gedrungen war und hofft man, daß bei günstiger Witterung eine gründliche Beseitigung des fast jährlich bei Thauwetter eintretenden Uebelstandes, durch eine gute Röhrenleitung geschehen wird. Nach der Ansicht der fremden Capitaine wird die Schifffahrt in diesem Jahre unsern Hafentort ganz außergewöhnlich beleben, da gute Frachten in Aussicht stehen.

Concert.

Das geistliche Vocal-, Instrumental- und Orgel-Concert, welches Herr Musikdirector Markull vorgestern Abend in der Oberpfarrkirche zu St. Marien veranstaltet hatte erfreute sich einer solchen Theilnahme, die in Danzig nicht seit Jahren, vielleicht nie dagewesen ist. Das feingewählte Programm und der Wohlklang der Stimmen der mitwirkenden Künstler hatten das Ihrige gethan, die weiten Räume des magisch beleuchteten hohen Domes mit einer solchen Anzahl von lauschenden Zuhörern zu füllen, die schon nach Tausenden zu zählen waren. Die ausgeführten Orgelsätze waren durchweg in erhabenem kirchlichen Style gehalten und wurden mit entschiedener Meisterschaft ausgeführt. Dürfen wir uns jedoch eine Bemerkung erlauben, so betrifft diese die Orgel selbst, die, wenigstens das volle Werk, an einem merklichen Windmangel zu leiden scheint. Wir haben diese Meinung schon aus einem früheren Concerte uns gebildet und fanden sie in dem letzten entschieden bestätigt. Der Ton der tiefen Register gurgelt zuerst, ehe er bestimmt und klar anspricht. Das Innere der Orgel war uns bis jetzt noch nicht zugänglich, weshalb wir die Ursache dieses Fehlers nicht anzugeben vermögen. Von den Vocalspiegen geblüht den beiden, von der königl. Kammerfängerin Frau Luczet-Herrenburg der Preis. Die gesungliche Virtuosität der ausgezeichneten Künstlerin brachte besonders das Cherubini'sche „Ave Maria“ oder auch die Arie aus der Schöpfung „Nun beut die Flur“ in einer Weise vor Geltung die unter den vorliegenden Umständen Erstaunen erweckte. Die glänzende Stimme des Fr. Schneider verschaffte sich in den beiden Arien: „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“ von Händel und „Singt dem göttlichen Propheten“ aus Graun's „Tod Jesu“ unbedingte Anerkennung, allein ihre gefeierte Collegen vermochte sie nicht zu überragen. Herr Director Fischer sang ein Duett aus „Elias“ von Mendelssohn (mit Fr. Schneider) und Recitativ und Arie aus der „Schöpfung“ mit sehr klangreicher Stimme und künstlerischem Geschmack, die dem wackern Sänger neue Freunde erwerben mußten. Alle übrigen Stimmen des Programms wurden so ausgeführt, daß sie ebenso technische Fertigkeit wie gutes musikalisches Verständniß erkennen ließen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Brutalität]. Der Ursprung der Schlägereien, welche so oft zwischen hiesigen Arbeitern entstehen, ist am häufigsten in ein unerforschliches Dunkel gehüllt. Die Leute schlagen auf einander los, mißhandeln sich, verletzen sich auch wohl körperlich bis zum Tode; aber das Warum wird ihnen wahrscheinlich selber erst offenbar werden, wenn die Todten auferstehen. Die Arbeiter Rudolph Gersdorf, Friedrich Gersdorf und Rudnigki überfielen im Juli v. J. den Schlossergesellen Hempel, den Arbeiter Palmann und den Sackträger Narowski nebst seiner Ehefrau und schlugen diese Leute blutig. Der Narowski wurde sogar in's Wasser des Stadtgrabens geworfen. Da Narowski jedoch des Schwimmens kundig war, so entging er dem ihm zugebundenen Wassertod. Raub hatte er jedoch das Land erreicht, so verfolgten ihn seine Angreifer wieder und schlugen ihn. Endlich rettete er sich in das städtische Lazareth. Die genannten drei brutalen Menschen kamen unter die Anklage der Mißhandlung, und wurde Rudnigki zu 3 Monaten, Rudolph Gersdorf gleichfalls zu 3 Monaten und Friedrich Gersdorf zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Berlin. Vor dem königl. Obergericht stand am 17. d. M. die Verhandlung über acht Nichtigkeitsbeschwerden in der Angelegenheit der Stellvertretungskosten der ins Abgeordnetenhaus eingetretenen Beamten an. Sechs dieser Nichtigkeitsbeschwerden waren vom Fiskus, zwei von den Klägern eingelegt worden. Zu den ersten genannten sechs Fällen waren Kläger; die Abgeordneten Kreisgerichtsdirektor Bassenge, Kreisgerichtsräthe Ahmann und Geisdorf, Kreisrichter Bassenge Pfänder und Qual. Nach einem Plaidoyer der Justizräthe Rödenbeck (für den Fiskus) und Dorn (für die Kläger) und nach einer dreistündigen Berathung wies der höchste Gerichtshof unter Vernichtung der Erkenntnisse zweiter Instanz (des Appellationsgerichts zu Rati-ber) die klägerischen Abgeordneten mit ihren Klagen zurück und entschied somit die vielbesandelte Frage wegen Erstattung der Stellvertretungskosten zu Gunsten der Auffassung der königl. Staatsregierung. Die Vertreter der Abgeordneten Schmie und Wächler, welche ihrerseits gegen die sie abweisenden Erkenntnisse zweiter Instanz (des Appellationsgerichts zu Glogau) die Nichtigkeitsbeschwerden eingelegt hatten, ließen hierauf diese gleichfalls zur Verhandlung stehenden Sachen vertagen.

Glogau, 16. März. Am Montag fand eine kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Pionier Nowak, bekannt aus dem Koblenz-Process, statt. Nowak soll in der bekannten Sache vor dem Militärtribunal erklart haben, daß er am 5. Oktober v. J. vor 3 Uhr in der Wohnung des Leutnants Krause Feuer gemacht habe, während er vor dem Civilrichter angegeben, daß dies um 12 Uhr geschehen ist. Wie wir hören, soll Nowak vor dem Kriegsgericht seine vor dem Civilgericht gegebene Aussage mit aller Entschiedenheit aufrecht erhalten haben.

Der Polenprozeß.

Berlin, 18. März.

Am Donnerstag begannen vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlungen der zweiten Serie des Polenprozesses. Dieses Mal, da es sich nur um eine geringere Anzahl von Angeklagten handelt, hat nicht ein besonderes Gebäude zur Beschaffung eines Gerichtssaales hergerichtet werden dürfen; es reicht vielmehr der in der hiesigen Hausvogtei befindliche Saal des Kreiswurgerichts aus. Dieser Saal ist nun auch zu dem Zwecke umgestaltet worden; die Bank der Angeklagten, wie die Plätze der Geschwornen, sind entfernt und ist der Saal, soweit er nicht für den Gerichtshof, die Staatsanwaltschaft und Verteidigung in Anspruch genommen wird, durch Aufstellung von Stühlen zur Aufnahme der Angeklagten eingerichtet worden. Auch sind wiederum für die Vertreter der Presse ausreichend Plätze reservirt. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt wiederum der Kammergerichts-Vizepräsident Büchtemann. Als Beisitzer fungiren die Kammergerichtsräthe Leonhardt, Beder, Coqui, Wenzel, Hoppe, Gimbeck, Friedrich, Dellrichs und Greiner; Ergänzungsrichter sind die Kammergerichtsräthe Schlichte und Platner. Ausgeschieden aus der Zusammensetzung des früheren Gerichtshofes sind die Kammergerichtsräthe Thering, Drogand, Nagel und Beating. Als Vertreter des öffentlichen Ministeriums fungiren wiederum: der Oberstaatsanwalt Ubelung und der Gerichtsassessor Dr. Mittelstädt. Die Verteidigung haben übernommen die Rechtsanwälte Brachvogel, Holtzoff, Lewald, Deyks, Janetzki und Szumann aus Samter. Es wird, wie der Präsident nach Eröffnung der Sitzung mittheilt, verhandelt: 1) gegen diejenige bei dem früheren Prozeß verurtheilten Angeklagten, die sich inzwischen gestellt haben; 2) gegen die beim vorigen Male als genügend entschuldigt befundenen und 3) gegen mehrere nachträglich Angeklagte. Sämmtliche Angeklagte befinden sich in Haft; mehrere von ihnen sind krank, darunter Graf Soldrski, der völlig gelähmt ist. Die Angeklagten sind: aus der ersten Serie: 1) Wladimir v. Wolniewski, 2) Wladislaus v. Jatzewski, 3) Thaddäus v. Zaraczewski, 4) Woleslaus v. Bronikowski, 5) Wladislaus v. Dypen, 6) Probst Simon Radecki, 7) Joseph v. Lutowski, 8) Sigismund v. Zaraczewski, 9) Ernst v. Swinarski, 10) Woleslaus v. Siforski, 11) Graf Victor Soldrski, 12) Adolph v. Leczynski und 13) Johann v. Arndt; aus der zweiten Serie, erst neu angeklagt: 14) Wladislaus v. Wentkowski, 15) Wladislaus v. Wierzbinski, 16) Dionysius v. Hoffowski, 17) Peter v. Schodln-Gzarinski, 18) Eduard Theodor Szijskalski, 19) Franz v. Dabeki, 20) Franz v. Puttammer, 21) Valentin v. Rycharski, 22) Stanislaus v. Gzorkinski, 23) Johann Trenerowski, 24) Friedrich Wilhelm Balfow, 25) Barbier Peter Ruffert, 26) Florian Dranski, 27) Valerian Boydt, 28) Ludwig v. Karczewski, 29) Leon Horn, 30) Alfred Leski, 31) Joseph Kowalewski, 32) Julius Karfuntel und 33) Franz v. Budziszewski. Der Präsident theilt noch mit, daß die Verhandlungen an 4 resp. 5 Tagen in der Woche stattfinden, ca. 5 Stunden täglich dauern und durch eine halbstündige Pause unterbrochen werden. Nach Erledigung dieser vorbereitenden Mittheilungen begann die Verlesung der Anklage in deutscher Sprache, an welche sich die Verlesung in polnischer Sprache schließt. Diese Vernehmung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Warschau, 20. März. Der Wasserstand der Weichsel war hier gestern 9 Fuß 8 Zoll; heute 9 Fuß 9 Zoll. Das Eis steht noch.

Schiffs-Nachrichten.

Melbourne, 24. Januar. Das hier eben eingetroffene Schiff „City of Sydney“ berichtet einem verlassenen Schiff begegnet zu sein, aus dessen Papieren hervorgeht, daß es der „Mar“, Capt. Schneider, aus Danzig ist.

Course zu Danzig am 20. März.

	Werte	Geld gem.
London 3 Mt.	143 3/4	—
Amsterdam 2 Mt.	143 3/4	—
Staats-Schuldscheine	91 1/4	—
Westpr. Pf.-Br. 3 1/2 %	85	—
do. 4 %	95	—
do. 4 1/2 %	100 1/2	—

Geschlossene Schiffs-Frachten am 20. März.

pr. Frühjahr nach Hull 14 s. 6 d. u. Grimsby 14 s. pr. Load Quadrat-Sleepers.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 20. März.

Weizen, 185 Kst, 132 pfd. fl. 412 1/2, 420; 131. 32 pfd. fl. 410, 417 1/2; 128. 29 pfd. fl. 395—405; 126. 27 pfd. fl. 370—380; 129. 30 pfd. bezogen fl. 375; 125 pfd. fl. 374 pr. 85 pfd.
Roggen, 127 pfd. fl. 232 1/2; 129 pfd. fl. 238 1/2 pr. 81 1/2 pfd.
Weiße Erbsen fl. 300 pr. 90 pfd.

Stadt-Theater zu Danzig.

Dienstag, den 21. März. (Abonnement suspendu.)

Benefiz für Herrn A. Freytag.

Zum ersten Male:

Danzig, von der heiteren Seite.

Socal-Posse mit Gesang in 4 Akten, nach einem vorhandenen Stoffe bearbeitet von A. Freytag.

Penionaire finden freundliche Aufnahme Johannisgasse 62, 1 Tr. h. Gleichzeitig wird ihnen daselbst der hebräische Religionsunterricht ertheilt.
Wolf Blankenstein.

Die Handels-Akademie zu Danzig

beginnt ihr diesjähriges Sommer-Semester am 24. April. Die Meldungen werden am 22. April, Vormittags 11—1 Uhr, im Akademie-Gebäude angenommen. Zur Aufnahme in die zweite (untere) Klasse ist die Vorbildung eines Sekundaners einer Realschule erster Ordnung, so wie ein genügendes Sittenzugewiß erforderlich.

Die obligatorischen Lehrfächer sind:

In der Zweiten (unteren) Klasse: Deutsche Correspondenz, 2 Stunden wöchentlich; Englisch 6 St.; Französisch 4 St.; Kalligraphie 4 St.; Mathematik 2 St.; Physik 2 St.; Handels-Geschichte 2 St.; Geographie 2 St.; Waarenkunde 2 St.; Kaufmännisches Rechnen nebst Münz-, Maß- und Gewichtskunde 3 St.; Buchhaltung 3 St.; Comptoirwissenschaft 2 St.; zusammen 34 Stunden wöchentlich.

In der Ersten (oberen) Klasse: Deutsche Correspondenz, 2 Stunden wöchentlich; Englische Correspondenz 2 St.; Englische Schriftsteller- u. Sprechübungen 2 St.; Französisch Correspondenz 2 St.; Französisch Schriftsteller- u. Sprechübungen 2 St.; Kalligraphie 2 St.; Mathematik 2 St.; Chemie 2 St.; Geographie 2 St.; Statistik 2 St.; Handels-Geschichte 2 St.; Waarenkunde 2 St.; Kaufmännisches Rechnen nebst Münz-, Maß- u. Gewichtskunde 3 St.; Buchhaltung 2 St.; Comptoirwissenschaft 2 St.; Seewissenschaft 1 St.; Handels- u. Wechselrecht 2 St.; zusammen 34 Stunden wöchentlich.

Nicht obligatorisch in den Abendstunden, für Akademiker wie für das größere Publikum gegen ein geringes Honorar zugänglich, sind Vorträge über Spanische, Italienische, Englische und Französische Sprache und Literaturgeschichte, See- und Völkerrecht, so wie über einzelne Zweige der Handelswissenschaften.

Das Honorar für den ganzen Jahres-Cursus der obligatorischen Lehrfächer beträgt 60 Thaler, und wird in vierteljährigen Raten zu 15 Thaler pränumerando entrichtet. Außerdem werden bei der Aufnahme in die Anstalt 3 Thaler an die Kasse derselben, und halbjährlich ein Beitrag von 2 Thalern zu Utensilien, Apparaten u. s. w. gezahlt.

Junge Leute von auswärtigen Familien können bei anständigen Familien gegen eine Pension von ca. 200 Thalern untergebracht werden. Bei der Wahl der Pension ist die Zustimmung des Directors erforderlich.

Danzig, den 20. März 1865.

Der Director der Handels-Akademie,
Prof. Dr. Bobrik.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie nach ihren bisherigen Erfahrungen und gemäß den Bedürfnissen der Gegenwart, für den Eintritt in das praktische Geschäft eine kaufmännische Vorbereitung für erforderlich halten, wie sie nur auf einer höheren Handelslehranstalt erworben werden kann.

Sie werden daher bei der Anstellung von jungen Leuten vorzugsweise solche berücksichtigen, welche die hiesige Handels-Akademie besucht haben.

Denjenigen, welche die Abgangsprüfung gut bestehen, werden sie die üblichen Lehrjahre um die auf den Besuch der Anstalt verwandte Zeit verkürzen.

Danzig, den 16. Februar 1863.

Philipp Jacob Albrecht & Co., George Baum, Bann & Viepmann, Felix Behrend, Th. Behrend & Co., J. B. de Cuvry & Co., Bischoff & Co., Boehm & Co., Herrmann Cohn, Peter Collas & Co., Conrad & Co., N. Damme, G. F. Focking, Gibsone & Co., Haaselan & Stobbe, Samuel S. Hirsch, Ludwig Joel, E. Kauffmann, Kosmal & Co., Aug. Lemke, L. F. Lojewski, Adolph Meyer, Alexander v. Makowski, N. Norden & Co., Otto & Co., John Paleske, Petschow & Co., Rosenstein & Hirsch, Th. Schirmacher, F. Schönmann, Hendr. Soermans & Soon, Heinrich Uphagen, A. J. Wendt, Joh. Jac. Zacher, Carl H. Zimmermann.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der vor dem Leegen Thore belegenen beiden sogenannten Klapperwiesen von resp.

7 Morgen 109 D.-Mth.
und 2 „ 36 „

zusammen 9 Morgen 145 D.-Mth. preuß. enthaltend, vom 1. August 1865 ab auf sechs Jahre, steht ein Licitations-Termin

auf den 25. März cr.,
Vormittags 11 Uhr,

zu welchem von 12 Uhr Mittags ab neue Bieter nicht mehr zugelassen werden, vor dem Herrn Kammerer, Stadtrath Strauß hieselbst an.

Pachtlustige laden wir dazu mit dem Bemerkten ein, daß die Pachtbedingungen im Licitations-Termin werden publicirt werden und auch schon vorher in unserem 3. rathhäuslichen Geschäftsbureau eingesehen werden können.

Nach Schluß des Termins werden Nachgebote nicht angenommen.

Danzig, den 17. Februar 1865.

Der Magistrat.

Wiener Kaffee-Haus.

Heute, so wie alle Abend vom Faß,
Bockbier

aus der Felsenkeller-Brauerei bei Dresden, ferner acht Culmbacher, Rixinger, Erlanger, Münchener Lagerbiere.

Alexander Schneider,
Wiener Kaffee-Haus.

[Eingelant.]

Sollte es dem Herrn Director Fischer nicht gelingen die hier verweilende, gefeierte Sängerin Frau Herrenburg-Tuczak zu einem ein oder mehrmaligen Auftreten im Stadt-Theater zu bewegen?

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 23. März 1865.

Benefiz für den Unterzeichneten,

unter gefälliger Mitwirkung des Hrn. Schneider.

Die Bürger von Danzig,

oder:

Kreuz und Schwert.

Historisches Trauerspiel in 5 Akten von Rudolf Genée.
1. Akt: Ein Danziger Bürgermeister.
2. Akt: Die Versöhnung. 3. Akt: Der Verrath. 4. Akt: Der Mord. 5. Akt: Die Bühne.

Zwischen dem 2. u. 3. Akt Gesangsvortrag des Fräul. Schneider.

Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflichst ein
Alexander Hessler.

Sämmtliche Buchhandlungen empfangen haben: (à 10 Sgr.)
Deutschlands Zukunfts-Karte.

[Eingelant.]

Herr Höhne, unser geschätzter Violinspieler, beabsichtigt am 25. d. M. ein Concert hieselbst zu geben. Wir erlauben uns, das musilliebende Publikum um so mehr darauf schon jetzt aufmerksam zu machen, als außer den ehrenwerthen Leistungen des Herrn Concertgebers auch die Mitwirkung des Fräul. Schneider, unserer ersten Sängerin, so wie des Herrn Directors Fischer, des Tenoristen Herrn Reim, des Komikers Herrn Freytag und des Pianisten Herrn Mältenburg zugesagt worden sind und als Herr Höhne einen Theil des Reinertrags zur Unterstützung eines pensionirten erblindeten ihm ganz fern stehenden Schulmannes bestimmt hat.
Mehrere Musikfreunde.